

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:

in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 7. April 1898.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Hoffe, Haackstein & Bogler, G. L. Daube,
J. Waldbauer, Berlin. Bernh. Arndt, Mar. Gerkmann,
G. Herberich, W. Thienens, Greifswald. G. Müller, Halle a. S.,
J. L. Bock & Co., Hamburg. Joh. Nothmann, A. Steiner,
W. Wittenberg, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Sehr. Gieseler, Kopenhagen. Aug. J. Wolff & Co.

Aufregung auf dem linken Oderufer.

In Ausführung des kürzlich ergangenen Kronratsbeschlusses ist nunmehr ein Plan für die Ausführung der Vorarbeiten zur Regulierung von Gebirgsflüssen auf dem linken Ufer der Oder aufgestellt und den beteiligten Oberpräsidenten von Schlesien und Brandenburg zur Ausführung mitgeteilt worden.

Danach sind für die Hogenplog, die Glaser, die Weistris, die Ragbach, den Bober, die Kaufinger Neize und ihre für die Gestaltung der Hochwasserverhältnisse wesentlichen Nebenflüsse im Laufe dieses Jahres allgemeine Regulierungsprojekte auszuarbeiten und spätestens bis zum 1. September fertig zu stellen. Die geplanten Regulierungen sollen dem Zwecke dienen, die Hochwassergefahr möglichst zu beseitigen. Die Aufgabe der Projektbearbeitung hat sich daher auf diejenigen Maßnahmen zu erstrecken, die geeignet sind, das Wasser und die Geschiebe in den Quellgebieten zurückzuhalten, ferner den Einfluß und den für den Abfluß des Hochwassers wesentlichen Teil des Ueberfließungsgebietes (Hochwasserabflußgebiet) in den Stand zu setzen, daß die ungeachtet der Anlagen in den Quellgebieten zu erwartenden Hochwasser ohne wesentliche Schäden zum Abflusse gelangen können. Endlich soll Sorge getragen werden, daß durch die Regulierungen eine ungünstige Beeinträchtigung der Wasser- und Fischverhältnisse der Oder, namentlich der schon jetzt betragsmäßig wertvollen Wasserstände an der unteren Oder, nach Möglichkeit vermieden werde.

Um die erforderliche Einseitigkeit bei der Ausführung der Vorarbeiten und Aufstellung der allgemeinen Projekte sicher zu stellen, ist der Oberpräsident der Provinz Schlesien mit der Aufsicht und Leitung der Arbeiten für sämtliche genannten Flussläufe, auch soweit sie der Provinz Brandenburg angehören, beauftragt und zugleich bestimmt worden, daß die Arbeiten im Gebiete der nicht schiffbaren Flüsse durch die Meliorationsbau-Beamten, im Gebiete der schiffbaren Flüsse, namentlich der Oder selbst, durch die Beamten der Strombauverwaltung auszuführen sind. Hierbei liegt die technische Leitung der Arbeiten im Gebiete der schiffbaren Flüsse dem Strombau-Inspektor in Breslau ob; zur technischen Leitung der Arbeiten im Gebiete der nichtschiffbaren Flüsse ist dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und dem Meliorationsbauamt in Berlin besonders überwiesen worden. Diefem sind die übrigen mit der Ausführung der ge-
hörigen Arbeiten beauftragten Meliorationsbau-Beamten unterstellt und letzteren die erforderlichen Hilfsarbeiter beigegeben worden.

Der leitende Meliorationsbaubeamte und der Strombauinspektor sind angewiesen, sich miteinander in steter Verbindung zu halten und über alle wesentlichen technischen Fragen zu verständigen. Beide haben dahin zu wirken, daß die in Betracht kommenden Interessen ausreichende Beachtung finden und die Ermittlungen auf das gesamte, unmittelbar wie mittelbar beteiligte Gebiet ausgedehnt werden. Wegen der Ausführung von Vorarbeiten für die Anlage von Stauweihern und Thalsperren hat der Oberpräsident den Geheimen Regierungsrath Prof. Dr. Junge in Vagen zugewiesen und beim Hervortreten von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Technikern auf Verbeiführung eines Einverständnisses hinzuwirken, erforderlichenfalls die Entscheidung der Minister einzuholen.

Außerdem ist angeordnet worden, daß in geeigneten Stadien der Arbeiten je ein Vertreter der Provinzen Schlesien und Brandenburg, der jedoch kein Bautechniker sein soll, zugewiesen ist. Um nun auch in der Ministerialinstanz von vornherein eine einheitliche, alle Seiten berücksichtigende technische Behandlung sicherzustellen, ist von dem Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für die Dauer der in Frage stehenden Arbeiten je ein technischer Rath als ständiger Kommissar bestellt worden, und zwar von ersterem der Geheimrat Vauvart, von letzterem der Geheimrat Vauvart v. Münchhausen. Beide Kommissarien sollen untereinander und mit den leitenden Technikern der Provinzialinstanz stets in enger Fühlung bleiben, um jeder Zeit den ordnungsmäßigen und erschöpfenden Fortgang der Arbeiten sicher zu stellen. Sobald die Frage, ob und in welchem Umfange die Anlage von Thalsperren zur Verminderung der Hochwassergefahr, geeignetenfalls unter gleichzeitiger Berücksichtigung der industriellen Interessen, in der Provinzialinstanz genügend vorbereitet ist, werden die Ministerialkommissarien auch ihrerseits den Geheimrat Prof. Dr. Junge bei ihrer hierauf bezüglichen Erörterung beteiligen.

In analoger Weise ist der Oberpräsident der Provinz Brandenburg mit der Aufsicht und Leitung der Arbeiten zur Vorbereitung und Aufstellung der allgemeinen Projekte für die Spree, auch soweit sie die Provinz Schlesien durchfließt, mit der Maßgabe beauftragt worden, daß hinsichtlich der schiffbaren Strecke der Spree an Stelle des Oberstrombauinspektors ein von dem Regierungspräsidenten zu Potsdam zu bezeichnender Wasserbaubeamter tritt. Die Ausführung der Arbeiten an der nicht schiffbaren Strecke liegt dem Meliorationsbauinspektor Wegener vom Meliorationsbauamt II in Berlin ob.

Einschließlich der Aufstellung der für die Ausführung der Vorarbeiten maßgebenden Grundzüge sind eingehende, im Einzelnen genau begrenzte Vorschriften gegeben. Bei der Prüfung der Untergrundverhältnisse, namentlich für die Sammelbetten und Thalsperren, soll der Landes-geologe Dr. Lepia hinzugezogen werden.

Die fertigen Projekte werden später durch die leitenden Techniker der Provinzialinstanz revidiert, und der Oberpräsident hat auch die landespolizeiliche Prüfung durch die Regierungspräsidenten herbeiführen. Die Superrevision erfolgt durch die Minister der öffentlichen Arbeiten sowie für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Spanien — Amerika.

Die heute eingegangenen Nachrichten klingen fortgesetzt sehr kriegerisch. In Madrid dauern die diplomatischen Konferenzen fort. Ministerpräsident Sagasta verließ heute mit den Vorkämpfern Frankreichs, Deutschlands, Oesterreichs und Englands sowie mit dem Marquis Mado. Es verläutet, Präsident Mac Kinley habe heute Morgen den Kardinal Gibbons empfangen.

Die „Kön. Ztg.“ meldet aus Madrid: Der amerikanische Gesandte Woodford bereitet seine Abreise vor. England wird mit der Wahrung der amerikanischen Interessen betraut.

Die römische „Agenzia Stefani“ meldet, daß Spanien im Prinzip den Waffenstillstand mit den kubanischen Insurgenten, wie er vom Papst vorgeschlagen worden, angenommen habe, so erwarte man jetzt die Antwort, welche Mac Kinley dem Papst geben werde. Von dieser Antwort werde es abhängen, ob die Verhandlungen zwischen Madrid und Washington fortgesetzt werden können. Man glaube, die Mächte würden einhellig Schritte thun, um den Bruch zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten zu verhindern.

Die offizielle „Italia“ schreibt in einem inspirierten Artikel, kein einziges europäisches Kabinett habe die geringste Lust, in der Kuba-Angelegenheit direkt zu intervenieren. Wollte man auch intervenieren, so müßte man jedenfalls den Ausgang der päpstlichen Initiative abwarten.

Aus Washington wird von gestern gemeldet: Der Senat trat zu einer geheimen Sitzung zusammen. Um 2 Uhr ließ Präsident Mac Kinley zwei Führer einer jeden Partei nach dem Weißen Hause rufen, um ihnen Aufklärung über die Lage zu geben. Nach diesem Vorgange wurde mitgeteilt, die Votschaft des Präsidenten werde heute nicht mehr an den Kongreß gelangen. Der Marinssekretär Long wies sich, so sagen, ob die weitere Zustimmung der Votschaft dem Wunsch zuzuschreiben sei, dem Generalconsul Lee und den übrigen Amerikanern das Verlassen Havannas zu ermöglichen, oder auf anderen Gründen beruhe.

Mac Kinley entschloß sich, seine Votschaft an den Kongreß nicht vor nächstem Montag zu übermitteln. Die Vertreter von Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien stellten gestern Nachmittag den Entwurf einer gemeinsamen Note fest, in welcher sie ihre guten Dienste zur Vermeidung des Krieges anbieten. Man weiß noch nicht, ob die Note bereits überreicht ist.

Hongkong, 6. April. Das Geschwader der Vereinigten Staaten liegt die Unter; der amerikanische Vorgesand hat den englischen Dampfer „Manhan“ als Depositum sowie Kohlenvorräte angekauft.

Hamburg, 6. April. Die Schnelldampfer „Normannia“ und „Columbia“ werden, wie verlautet, in den nächsten Tagen nach Southampton abgehen. Die Schiffe sollen vermuthlich in den Postdienst der „American-Line“ zwischen Southampton und New York einstellt werden, falls die Dampfer dieser amerikanischen Gesellschaft „Saint Paul“ und „Saint Louis“ seitens der Regierung der Vereinigten Staaten für den Dienst als Hilfskreuzer in Anspruch genommen werden.

Aus dem Reiche.

Aus Romburg v. d. S. vom 6. April meldet „C. L. C.“: In Gegenwart der kaiserlichen Familie wurden gestern Nachmittag auf der Saalburg Ausgrabungen vorgenommen. Der Kaiser bestimmte, daß die „Porta decumana“ und das alte Römer-Kastell alsbald rekonstruiert werden sollen. Der Kaiser wird, dem Vernehmen nach, bis Ende nächster Woche hier bleiben. Die kaiserlichen Prinzen fahren um diese Zeit nach Wien zurück. Morgen Vormittag wird General-Superintendent D. Dr. Brander in der Hauptkathedrale des kaiserlichen Schlosses dem Kaiser und dem Gefolge das heilige Abendmahl reichen. — Der neue ärztliche Bericht über das Befinden des Königs Otto von Bayern lautet: „Das Befinden Sr. Majestät des Königs giebt auch heute zu erster Beförderung keine Veranlassung. Das Blasenbluten ist zur Zeit nur noch in Spuren vorhanden. Für eine ernsthafte Nieren-erkrankung ergiebt sich daraus kein Anhaltspunkt. Fieber besteht nicht; Appetit, Schlaf und Kräfte-stand zeigen keine wesentliche Veränderung. Ueber die Natur der Blasenblutung durch lokale Untersuchung der Blase genaue Einsicht zu gewinnen, ist gegenwärtig in Folge des physischen Verhaltens Sr. Majestät unmöglich. Bez. Dr. Bauer, Universitätsprofessor und Dr. Grashof, Ober-medizinalrath.“ — Die Ernennung des Grafen Waldersee zum Nachfolger des Grafen Blumenthal hat der Kaiser Ersterem durch eine Kabinetts-ordre mitgeteilt, in der er sie als erneuten Beweis seines Vertrauens und als Zeichen seiner hohen Anerkennung der hervorragenden Verdienste bezeichnet und die Hoffnung ausdrückt, daß Graf Waldersee umfassendes Können und Wissen, seine in Krieg und Frieden gesammelten Erfahrungen noch lange der Armee zu Gute kommen mögen. — Der erste Vortrager des stenographischen Bureaus im Abgeordnetenhaus, Dr. Zimmerlein, ist in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger ist Dr. Steinbrink, ein geborener Stettiner, ernannt worden. — Dr. Seitzjohn in Tirsitz ist zum Stadtsarzt für Kirschau ernannt worden. — Auch die Mit-glieder des Centralrats der deutschen Gewerbetreibenden und die Mitglieder des Generalkonferen-zeins der deutschen Maschinenbau- und Metall-arbeiter (D.M.S.D.), welche zusammen mehr als 80 000 Arbeiter vertreten, haben dem Auf-
ruf zu Gunsten der Fortführung der bisherigen Handelspolitik unterzeichnet. — In der Stadt Pommern im Regierungsbezirk Breslau erfolgte die Aufseherin des Verhaftung des Bürgermeisters Dr. Brinckmann wegen Sitt-lichkeitsverbrechen. Kurz vor seiner Festnahme wollte Brinckmann flüchten, wurde jedoch von der Polizei eingeholt. — Die Musikführer der Garde-Infanterie-Regimenter haben bereits die neue Uniform angelegt. Die Achselstücke aus Wolllin in den Regimentsfarben wachen sich gut. Die Binde, aus zwei Flecken und einem Aufschlag in der Regimentsfarbe in der Mitte, wirkt dagegen weniger schön. Diefes ist nur das Schloß, das eine auf zwei Schwertern liegende Axt inmitten eines Lorbeerkranzes zeigt. Der Berliner Volksmund hat die Binde schon „Dachbinde“ genannt.

Deutschland.

Berlin, 7. April. Die gestrige Berliner Stadtverordneten-Versammlung hatte sich noch einmal mit dem Verhalten jenes städtischen Be-
amten zu beschäftigen, der durch die Entfernung und Vernichtung der am 13. März an die Gräber der Märzgefallenen niedergelegten Kränze

so peinliches Aufsehen erregt hat. Der Stadt-
verordnete Max Schulz und Genossen verlangten
Auskunft darüber, auf wessen Veranlassung diese
peinliche Handlung erfolgt ist. Die Magistrats-
vertreter gaben Erklärungen ab, die man nach
dem im Rathhause über diese Angelegenheit er-
folgten Anstößen erwartet hatte. Der Ober-
bürgermeister des Friedrichshaines, dem die Pflege des
Friedhofes der Märzgefallenen unterstellt ist, hat
sich bekanntlich damit entschuldigt, daß er genau
so verfahren habe wie in früheren Jahren. Zu
Protokoll hat er noch die Erklärung abgegeben,
daß die Schleifen der Kränze durch Einschnitte
mit der Schere wertlos gemacht worden seien,
— eine Behauptung, die durch Zwischenrufe aus
der Versammlung als unwar bezeugt wurde.
Stadtrath Kochmann gab die bestimmte Er-
klärung ab, daß der Oberbürgermeister weder von der
Polizei, noch von den städtischen Behörden eine
Anweisung erhalten habe, durch die er sein Ver-
halten rechtfertigen könne. Er habe pietätlos
gehandelt und sei dafür getadelt worden. Auch
Oberbürgermeister Zelle erklärte an, daß das
Verhalten des Beamten taktlos war; absichtlich
tenbenzios habe er aber nicht gehandelt. Der
Zelle wandte sich dann noch gegen heftige An-
griffe, die aus diesem Anlaß in einer öffentlichen
Versammlung gegen ihn gerichtet wurden, und
schloß mit den Worten: „Ich denke, meine
Herren, Sie lassen es nun genug sein. Ich
habe mich seit langer Zeit so in die Rolle eines
Sündenbocks eingelegt, daß es allerdings auf
ein bißchen mehr nicht ankommt.“ Die Angelegen-
heit, zu der noch Stadtrath Singer sprach,
ist damit erledigt.

Am 31. März tagte in den Räumen der
kaiserlichen Kriegsakademie hierher die erste
Generalversammlung des Kaiser Wilhelm-Dank-
Bereins der Soldatenfreunde. Die Sitzung wurde
durch den ersten Vorsitzenden des Vereins, Seine
Exzellenz den General der Infanterie und Ge-
neral-Adjutanten v. Werder, eröffnet und geleitet.
Zuher ihm war vom Verwaltungsrath v. A.
auch der Generalleutnant z. D. Grollenz Frei-
herr v. Dinslage erschienen. Exzellenz v. Werder
ließ sich nicht nehmen, den Jahresbericht selbst
zu erstatten, in dessen Verlauf er bei Erwähnung
der Namen der Gründer des Vereins den gleich-
falls erschienenen früheren ersten Vorsitzenden,
Se. Exzellenz den General der Infanterie z. D.
v. Spis, begrüßte, während sich die Versamm-
lung zum Zeichen ihrer Verehrung und ihres
Dankes von den Ehren erhub. Aus dem Jahres-
bericht ergab sich, daß der am Tage der Hundert-
jahrfeier gegründete Verein, der sich zur Auf-
gabe gemacht hat, im Andenken an Kaiser Wil-
helm den Großen das Beste der Unteroffiziere
und Mannschaften der Armee und Marine zu
fördern, bereits 529 Mitglieder zählt. In dem
darauf folgenden Vortrage über die Jubiläums-
feier der Unteroffiziere führte Herr Geh. Regie-
rungsath Witowski aus, daß der Kaiser Wil-
helm-Dank die Aufgabe habe, der Planlosigkeit
in den Meldungen der Unteroffiziere ein Ende
zu machen, und darum Anstaltsstellen für
Militärwärter einzurichten müsse. Sodann machte
Herr Grollenz Vorschläge, wie der Verein durch
Vorträge, Wanderbüchereien und Materialliefe-
rung für Unterhaltungsabende die Kriegervereine
unterstützen könne. Da hiermit die Tagesord-
nung erledigt war, so schloß Exzellenz v. Werder
die Generalversammlung.

— Die Zurückweisung jüdischer Mädchen von
verschiedenen privaten höheren Mädchenschulen in
Berlin W. bildete in der gestrigen Sitzung des
Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen
Glaubens den Gegenstand lebhafter Klagen. Es
wurde im Laufe der Debatte festgestellt, daß
einzelne dieser Lehranstalten überhaupt die Auf-
nahme von Jüdinnen ablehnen, andere lediglich
einen gewissen Prozentsatz jüdischen Mädchen zu-
lassen und diesen ängstlich einzubalten bemüht sind. In
einer Privat-Mädchenschule soll die Vorsteherin den
sich zur Aufnahme meldenden Mädchen jüdischen
Glaubens die Frage vorgelegt haben: „Sind Sie
auch immer noch Jüdin?“ Große Erregung ver-
ursachte die Mitteilung, daß neuerdings auch in
einer kaiserlichen Mädchenschule bezw. dem an sie
angeschlossenen Lehrerseminar eine Jüdinnen
mehr aufgenommen werden sollen. Allgemein
wurde empfohlen, die jüdischen Mädchen in keine
Schule zu schicken, in welche sie nur in beschränkter
Anzahl zugelassen werden. Einzelne der von der
Zurückweisung betroffenen Eltern haben sich be-
schwerend bei der städtischen Schulverwaltung
gewandt. Eine allgemeine Versammlung der im
Westen wohnenden Juden wird demnächst über
die weiteren Maßnahmen in dieser Frage zu be-
rathen haben.

— Zu den Hochwasserflüssen, für deren Aus-
bau und Unterhaltung dem nächsten Landtag ein
Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, gehört auch
die Spree, soweit sie nicht schiffbar ist. Der
Landwirtschaftsminister hat den Meliorations-
bauinspektor Wegener beauftragt, einen generellen
Kostenanschlag für die Instandsetzung der be-
zeichneten Flußstrecken, einschließlich des in der Pro-
vinz Schlesien belegenen Theiles, bis 1. Sep-
tember d. J. vorzulegen. Gleichzeitig ist dem
Genannten die Ausarbeitung einer Hochwasser-
meldeordnung für das Spreegebiet übertragen worden.

— Eine Meldung, die dringend der Auf-
klärung bedarf, geht dem „Temps“ aus Liverpool
zu, nämlich, daß die Engländer in Gambia ein
Fort errichtet und mit 50 Mann besetzt hätten.
Diese Stadt liegt am Gambia, einem Nebenfluß
des Weißen Volta, etwa 150 Kilometer nördlich
von Salaga, dem Hauptort der zwischen England
und Deutschland vereinbarten neutralen Zone
deren Grenze nach Norden noch offen ist. Wie
man sich erinnert, hatten die Engländer bereits
Salaga einmal besetzt, die Truppen aber zurück-
gezogen.

— Reichstagsabgeordneter Herr v. Hertling
gibt in der bayerischen Presse eine längere
Erklärung ab über die Gründe, warum er für
die Marinevorlage gestimmt habe. Er habe als
einziger bayerischer Abgeordneter die Darlegungen
des Staatssekretärs Tirpitz gehört, welche ge-
heim gehalten werden müßten. Diese seien für
ihn zwingend gewesen. Die Flottenvorlage sei
notwendig, um der Gefahr einer feindlichen
Invasion vorzubeugen. Bei der Nothwendigkeit
der Flottenvorlage müßten andere Erwägungen
als in der hiesigen Presse zu hören. Herr v. Hert-
ling erörtert dann die verfassungsmäßige Mög-
lichkeit der Bindung auf sechs Jahre ohne Preis-
gabe des Volksrechtes. Auch das Alternat trete

zurück, da der Reichshaushalt in der Organisation
der Behörden, in den Kadres der Armee und
sonst derartige Alternat aufweise. Herr v.
Hertling erörtert, daß die verbündeten Regie-
rungen durch den festgelegten Organisationsplan
ebenfalls gebunden seien. Was die Deckungs-
frage anlangt, so werden nicht nur in den näch-
sten drei Jahren, sondern überhaupt keine neuen
Steuern für die Flottenvorlage nötig, weil die
Ueberschüsse derart groß und dauernd seien, daß
die vorhandenen Mittel ausreichen. Er habe
nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und
es für dringend wünschenswerth gehalten, daß
unter den zukünftigen sich wenigstens einige
bayerische Abgeordnete befänden, „weil wir sonst
bei der Stellung Bayerns im Reich Gefahr
läufen, eine ausreichende Berücksichtigung bae-
rischer Wünsche und Interessen auf die Dauer
nicht zu finden, wenn wir bei gemeinsamen Auf-
gaben abseits stehen“. Diese neuerliche Rech-
fertigung des Freiherren von Hertling ist bezeich-
nend für den Grad der in Bayern gegen das
Zentrum steigenden Erbitterung. Die „Regensb.
Ztg.“ sieht eine Trennung der Bayern vom
Zentrum als sicher an und findet sich im Ver-
lof dieses Gedankens mit dem Trost ab, daß
Zentrum werde später die bayerische Partei eben-
so häßlich, wie die Polen und Oesterreicher. Das ist
recht schmeichelhaft für die Bayern.

— Der Staatssekretär des Reichspostamts
v. Bobbielst gibt in der letzten Reichstags-
sitzung vor den Oesterreichern auf eine Herausforderung
des Abgeordneten Singer folgende Erklärung ab:
Jede direkte oder indirekte Beteiligung eines
Beamten der Reichspostverwaltung an den Be-
werbungen der Sozialdemokratie halte ich für
unvereinbar mit dem von ihnen geleisteten Dienst-
eid. Aus diesem Grunde werde ich gegen jeden
Beamten, der sich dergestalt verhält, vorgehen. Ich
werde gegen die festgestellten Beamten das
Disziplinarverfahren in einem solchen Falle ein-
leiten. Der Gerichtshof wird darüber befinden,
wie gegen diese Beamten vorgehen ist. Dieser
Standpunkt ist bereits im Verwaltungsgericht
durch Erkenntnis festgelegt. Der Mann wird
nicht zu diesem Eid gezwungen oder gezwungen;
er muß sich für oder gegen den Beamten des
deutschen Reiches sein, so hat er bei seiner An-
stellung einen Eid zu schwören. Diesen Eid
jederzeit zu befolgen, ist seine Aufgabe.

Dazu schreibt die „Kön. Ztg.“: Wir halten
diese Erklärung für durchaus zutreffend, und
wir zweifeln nicht, daß sie, und zwar nicht bloß
in der Reichspostverwaltung, sondern ebenso in
allen Reichs- und Staatsverwaltungen, mit allem
Nachdruck wahrgenommen werden wird. Jeder
festangestellte Staats- und Reichsbeamte ist zum
Schutze der bestehenden Staats- und Gesellschafts-
ordnung berufen, einerlei ob er in einer einfluß-
reichen oder untergeordneten Stellung steht. Der
Staat und das Reich haben ihn durch eine feste
gesicherte Anstellung und ein auskömmliches
Gehalt aus dem Kampf ums Dasein empor-
gehoben, der täglich von allen Gewerbetreibenden,
Arbeitgebern wie Arbeitern durchgekämpft
werden muß; ihm lag deshalb auch die Ver-
pflichtung ob, zuvor den Eid zu leisten, daß er
dem deutschen Kaiser treu und gehorham sein
werde. Ein Beamter darf außerdem sich nicht
zu einer Partei bekennen, die sogar dem Kaiser
die äußere Bezeugung der Verehrung und Hoch-
achtung verweigert. Wer mit den Sozialdemokraten
zusammengenhängt, der kann nicht ehrlich bleiben,
wenn er nicht zuvor auf seine staatsliche oder
Reichsbeamtenstellung verzichtet. Es ist sehr
gut, daß diese zwingende Schlußfolgerung jetzt
auf neue auch von Herrn v. Bobbielst öffent-
lich vertreten worden ist. Jeder kann sich danach
richten. Das ist um so wichtiger, weil sich in
den letzten Jahren eine gewisse Verfallung der
untern Klassen unseres Beamtenthums bemächtigt
hatte darüber, daß ihre Verbindungen nicht ent-
sprechend den gesteigerten Lebensbedürfnissen
rechtzeitig in die Höhe gesetzt worden waren.
Die radikalen Parteien rechts und links hatten
diese Verfallung mit aller Kraft geschürt —
es war dies eine unerbittliche Folge der
Geltung des allgemeinen Wahlrechts —, und
die Regierungen hatten es nicht verstanden,
rechtzeitig den Wind in ihre Segel zu fangen
und freiwillig zu gewähren, was sie sich jetzt
nach und nach und fast widerwillig abtrotzen
liegen. Das ist unfreiwillig einer der schwersten
politischen Fehler, den eine Regierung begehen
kann, wenn sie in der Erfüllung berechtigter
Wünsche und Forderungen nachhinkt, statt recht-
zeitig zu gewähren, was bewilligt werden muß.
Dann wird nothwendig bei allen, deren Wünsche
unverletzt bleiben, die Misgünstigung geschürt und
sehr häufig übertrieben, und schließlich haben,
selbst nachdem diese Wünsche befriedigt worden
sind, die Unzufriedenheiten, die radikalen Parteien
noch längere Zeit den Augen davon. Jetzt sind
in weitgehendem Maße die Beamtenbefindungen
verbessert worden; weitere Erhöhungen sind in
sichere Aussicht gestellt; und um so gerechtfertig-
ter müssen wir die Mahnung finden, daß, wer
vorige als Sozialdemokrat sich zu bekennen,
dann seinen Dienst zuvor verlassen und auch sei-
nerseits auf eigene Faust den Kampf ums Dasein
antreten soll. Ein Beamter, der heuchlerisch nach
außen seinem Kaiser und König die schuldige
Ehre erweist, innerlich aber mit der Sozialdemo-
kratie eine Umwälzung der auch seinem Schutze
anvertrauten Staats- und Gesellschaftsordnung
anstrebt, ist für jede Verwaltung eine schwere
Gefahr. Hier verlangen wir reinen Eids und
reine Herzen.

Oesterreich-Ungarn.

Das Wiener Fremdenblatt“ erzählt über
die Feststellungen der gemeinsamen Ministerkonferenz
bezüglich der Vorlage für die Delegations-
betreffend die Ausgestaltung der österreichisch-
ungarischen Kriegskasse Folgendes: Der Marine-
kommandant von Spaun beharrt auf dem Stand-
punkt seines Flottenplanes, als des Minimums
zur Wahrung der maritimen Interessen Oester-
reich-Ungarns. Es wurde daher von der Forde-
rung des Neubaus von 5 Schlachtschiffen, 5
Kreuzern, 8 Torpedobrigaden, 60 Torpedo-
booten, die einen außerordentlichen Kredit von
55 Millionen erfordern, nicht abgewichen. Auf
Anraten der beiderseitigen Finanzminister wurde
für den Ausbau beantragte Zeitpunkt, näm-
lich 10 Jahre, weiter hinausgeschoben. Die
Steigerung des Ordinariats des Marinebudgets
wird nach erfolgtem Ausbau die jetzige Steige-
rung von 500 000 Gulden kaum übersteigen, da
die alten Schlachtschiffe ausgemustert werden.

Frankreich.

Paris, 6. April. Die meisten Regierungen-
blätter bekämpfen einen neuen Zolprozeß. —
Tariex wird die Regierung aufgefordert, an-
tastlich der Enthüllungen des „Siecle“ über den
Berath Esterhazy eine Untersuchung einzuleiten.

Rußland.

Petersburg, 6. April. Großes Aufsehen,
ruft ein Artikel der „Nowoje Wremja“ hervor,
worin eine Tripelallianz zwischen Deutschland,
Rußland und Frankreich bezugs völliger Ver-
drängung des englischen Einflusses aus China
beschworen wird.

Der Geschäftsleiter des Komitees für die
sibirische Eisenbahn hat eine Broschüre über den
Stand der Errichtung von Kirchen und Schulen
im Gebiete der sibirischen Eisenbahn aus den
Mitteln des Fonds Kaiser Alexander III. ver-
öffentlicht. In den vier Jahren des Bestehens
des Fonds seien aus ihm die Mittel für den
Bau von 110 Kirchen beschafft worden, von
denen 40 fertiggestellt seien. Indessen müßten
700 Kirchen errichtet werden, um lediglich die
Einwanderer nach Sibirien in geistlicher und
sittlicher Entwicklung zu erhalten. Ferner be-
dürfte Sibirien, wo nur ein Kind von neun bis
zwölf Kindern im schulpflichtigen Alter Unterricht
genießt, dringend der Schulen. Die Broschüre
schließt mit einem Aufruf zu weiteren Spenden
für den oben erwähnten Fonds.

Von der Marine.

Während bisher die in heimischen Gewässern
weilenden Kriegsschiffe einen hellgrünen, die
Torpedofahrzeuge einen schwarzen Anstrich er-
halten, werden sämtliche für auswärtige Stationen
bestimmte Kreuzer und Schaufregatten glän-
zend weiß angestrichen. Dieser Anstrich hat sich
für die Tropengebiete als sehr geeignet er-
wiesen, allein das blühende Weiß der Decks-
aufbauten und der Takelage läßt die Schiffe auf
sehr beträchtliche Entfernungen fremden Fahr-
zeugen sichtbar werden. Dieser Uebelstand wird
nunmehr durch eine Verfüzung des Reichsmarine-
amts beseitigt werden. Von jetzt ab erhält nur
der Rumpf der für das Ausland bestimmten
Schiffe den weißen Anstrich. Das Oberdeck, die
Decksaufbauten, die gesamte Takelage werden
dagegen hellgrün gefruchtet. Diese Farbe ist in
weiter Entfernung fast derjenigen des Wassers
gleich, so daß das Schiff nur wenig gegen die
Oberfläche des Meeres absteht. Der neue An-
strich wird zuerst an dem für die ostafrikanische
Station bestimmten Kreuzer „Schwalbe“, der auf
der hiesigen Staatswerft in der Ausrüstung be-
griffen ist, angewendet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. April. Vom 10. April (erster
Ostertag) bis einschließlich 30. September
d. J. werden auf den Greifenhagener
Kreishagen — Strecke Finkenwalder-
Neumark — an den Sonntagen und Festtagen,
sowie am Dienstag und Donnerstag jeder Woche
von Finkenwalde Staatsbahnhof Fahrkarten
III. Klasse zu ermäßigten Preisen, und zwar zu
folgenden Ausgängen: von Finkenwalde nach
Gödenhof und Königsberg einf. Fahr. 0,20 M.,
Rückfahr. 0,30 M., nach Gohrenburg-Buchholz
einf. Fahr. 0,30 M., Rückfahr. 0,45 M., nach
Mühlentee, Kellerecker Mühle und Mühlentee
einf. Fahr. 0,40 M., Rückfahr. 0,60 M.,
nach Kolb einf. Fahr. 0,60 M., Rückfahr.
0,80 M. Die Rückfahrkarten berechnen zur
Rückfahrt mit allen Zügen nur am Tage der
Fahrt. Die aufgeführten einfachen Fahr-
karten werden auch von den genannten Stationen
nach Finkenwalde zu sämtlichen Zügen an den
bezeichneten Tagen ausgegeben.

— Die Direktion der National-Hypo-
theken-Kredit-Gesellschaft zu Stettin
theilt uns über die gestrige Versammlung in
Berlin noch Folgendes mit: In der im Land-
wirtschaftlichen Ministerium unter Vor-
sitz des Herrn Geheimen Oberregierungsath Dr. Hermes
und des Staatskommissars stattgehabten Konferenz,
in welcher eine größere Anzahl Norddeutscher
Hypothekenbanken vertreten waren, wurde die
Lage der Gesellschaft eingehend erörtert und die
Bereits durch die Presse bekannt gewordene
Verzinsung auf Grund der von dem Vorstand ge-
gebenen umfassenden Erklärungen als im Wesent-
lichen zutreffend anerkannt. Nur wurde der
Wunsch ausgesprochen, die Verzinsung für die
Hypotheken von 2 M. auf etwa 2 1/2 M.
Mark zu erhöhen. Die anwesenden Hypotheken-
bank-Direktoren erklärten sich im Prinzip bereit,
an den geeigneten Stellen für die Sanierung der
National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft in dem
Sinne mitzuwirken, daß seitens der Norddeutschen
Hypothekenbanken der Gesellschaft in den Jahren
1898 und 1899 eine Beihilfe von je 250 000
M. 250 000 — zunächst in der Form eines unver-
zinslichen Darlehens — gewährt werde, falls
die Genossen in der am 23. d. M. stattfindenden
Generalversammlung eine Zuzahlung von etwa
1 750 000 M. leisten und die Pfandbriefbesitzer
in eine Konvertierung willigen. Diese ist wie
folgt geplant: Die 23 M. 4 1/2 %ige und 4 %ige
Zufußags-Pfandbriefe werden per 1. Juli d. J.
in 3 1/2 %ige zu Paritätszahlbare Pfandbriefe,
die 20 Millionen 4 1/2 %ige und 3 1/2 %ige Par-
itäts-Pfandbriefe in 3 %ige konvertiert. Nach dem
nächstigen Deckung der Unterbilanz soll eine
planmäßige Auslösung der sämtlichen konver-
tierten Pfandbriefe zu Pari stattfinden. Außer-
dem soll die Ausbringung eines Garantiefonds
seitens der wohlhabenden Genossen zu Gunsten
der konvertierenden Pfandbriefbesitzer angestrebt
werden. Falls die Pfandbriefbesitzer in die durch
die Lage der Genossenschaft und die allgemeinen
Verhältnisse unbedingt gebotene Zinsherabsetzung
willigen, ist nach Ansicht der heutigen Versamm-
lung begründete Aussicht vorhanden, den drohen-
den Konturs der Genossenschaft abzuwenden und
so den Pfandbriefbesitzern ihr Kapital zu erhalten.
— Die Vorstände des Allgemeinen Vereins
für Verbesserung der Frauenbildung, Frau Ober-
leutnant Bachhammer in Berlin, haben dieser
Tage eine Audienz bei Minister Dr. Bosse be-
zugs Ueberreichung der Eingabe betreffend die
Ausbildung der Mädchen beim Turn-
unterricht. In der Eingabe wird gebeten,
für den Turnunterricht der Mädchen den Ge-

